Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postscheckkonto Dresden 1558. Girokasse Riesa Nr. 52.

Geschäftsstelle Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30. Postfach Nr. 12.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

№ 55. **Montag, 5. März 1928, abends.** **81. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeittreibender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige illustrierte Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zum Beginn der Ratstagung.

Erfahrungen aus den letzten Jahren haben gelehrt, daß stets unmittelbar vor der Eröffnung einer ordnungsmäßigen Ratstagung in Genf die europäische Lage durch irgendwelche Ereignisse einer schweren Erschütterung ausgesetzt ist. Diese Tatsache ließ sich erkennen anläßlich der letzten Ratssitzung, wo die europäische Weltöffentlichkeit sichtlich unter dem Eindruck des polnisch-litauischen Konflikts stand. Sie ließ sich auch erkennen bei früheren Ratstagungen, wo entweder Ereignisse im äußersten Südosten oder krisenhafte Erscheinungen im Nordosten Europas den Gang der Verhandlungen in Genf bestimmend beeinflußten. Diese Erfahrungen machen auch nicht vor der jetzt eröffneten Ratstagung in Genf halt. Diesmal ist es die an und für sich sachlich unbedeutende aber nach dem Willen verschiedener Mächte als Weltsensation aufgebauschte ungarische Waffenaffäre, die ein etwas erhöhtes Temperament in die kommenden Aussprachen bringen soll. Im Augenblick ist es noch völlig ungeklärt, ob die französische Forderung auf ein Eingreifen des Völkerbundes in dieser Angelegenheit sich durchsetzen wird oder nicht. Wenn die französische Gruppe tatsächlich mit ihren Wünschen ein Fiasko erleiden sollte, so würde dies weniger an einer rechtlichen Entscheidung Genfs liegen, als mehr an der Tatsache, daß Ungarn, obwohl es unter die Kategorie der Besiegten gehört und abgerüstet hat, in Genf die Unterstützung Italiens gefunden hat, die an und für sich selbstverständlich ist, da die italienische Regierung in die Affäre selbst verwickelt ist.

So leidenschaftlich man auch in Genf über das Für und Wider einer ungarischen Schuld sich herumstreiten mag, das eine dürfte jedem Unvoreingenommenen klar vor Augen liegen: Es handelt sich hier weniger um den ungarischen Fall selbst als mehr um eine Probe aufs Exempel. Das heißt, gewisse Siegermächte möchten in Genf versuchen, das sogenannte Investigationssystem einer praktischen Belastungsprobe auszusetzen. Die Sonderangelegenheit mit Ungarn bietet diesen Mächten zwei sehr willkommene Handhaben. Zunächst müßte die Verwirklichung ihrer Wünsche eine recht „wirkungsvolle" Demütigung Ungarns erbringen. Ferner erhielten sie den praktischen Nachweis, wie der Völkerbund in der Wirklichkeit das Investigationssystem behandeln wird, und welche günstigen Auswirkungen eine tatsächliche Durchführung von Investigationen auf die politischen Sonderinteressen dieser Mächte haben kann. Zusammenfassend kann man also sagen, daß die ungarische Waffen-Affäre weniger Selbstzweck ist als mehr das Mittel zur Erreichung eines anderen Zweckes. Vom deutschen Standpunkt aus betrachtet berührt der Fall Ungarn unmittelbar zwar nicht deutsche Interessen, aber abgeleitet kann er zu grundsätzlichen Entscheidungen führen, die auch das Verhältnis Deutschlands zu den früheren Ententemächten berühren. Angesichts der prekären deutschen Situation kann eine entschiedene Parteiergreifung des Reiches für Ungarn in dieser speziellen Angelegenheit nicht in Frage kommen. Was dem deutschen Vertreter in Genf in diesem Fall zu tun übrig bleibt, ist lediglich die Bekundung einer deutschen Rechtsauffassung. Deutschland erblickt den wahren Sinn der sogenannten Völkerbunds-Investigation nur darin, durch eine Durchführung des festgelegten Investigationsrechtes drohenden Kriegsgefahren oder bedrohlichen Aufrüstungserscheinungen zu begegnen. Keinesfalls kann nach deutscher Ansicht das Investigationsrecht des Völkerbundes so ausgelegt werden, daß seine Ausübung auch in weniger wichtigen Fällen oder sogar wegen Geringfügigkeiten gestattet werden soll. Das ist ein deutscher Rechtsstandpunkt, der mit dem „Fall Ungarn" selbst nichts zu tun hat. Er begründet lediglich eine deutsche Auffassung über den Sinn des Investigationssystems, eine Auffassung, die sich auf alle Fälle ableiten läßt nicht nur auf die Sonderangelegenheit der ungarischen Nation. Dieser deutsche Rechtsstandpunkt, von dem die Reichsregierung und die Gesamtheit der deutschen Presse niemals einen Hehl machte, hat nun, wie festzustellen ist, in Paris sehr unfreundliche Empfindungen ausgelöst. Eine Anzahl von Pariser Zeitungen versucht, diese deutsche Haltung so auszulegen, als ob Deutschland mit ihr versuche, das Investigationssystem des Völkerbundes überhaupt lahmzulegen. Bei diesen Behauptungen französischer Zeitungen ist es nicht geblieben. Der Leitartikler des „Matin", Herr Sauerwein, der in der ganzen ungarischen Waffenaffäre eine aufputschende Rolle zu spielen sich bemüßigt sah, schreckt auch nicht vor „Drohungen" zurück. Er erklärt kurz und kategorisch, daß die früheren Ententemächte genötigt wären, die Kontrollmaßnahmen wieder selbst auszuüben, wenn der Völkerbund in bezug auf sein Investigationsrecht versagen sollte. Diese Drohungen sind lächerlich. Eine Zurückerstattung des Kontrollrechts an die Siegerstaaten kommt schon deshalb nicht in Frage, weil die Vereinbarungen vom Dezember 1926 dies verbieten, eine Rechtsgrundlage für solche Wünsche also nicht mehr vorhanden ist. Die Offenherzigkeit des Herrn Sauerwein ist insofern aber zu begrüßen, als auch sie zu dem Beweis beiträgt, welche Absichten in Wirklichkeit Frankreich mit seiner Behandlung der ungarischen Waffen-Affäre erzielen möchte.

Im übrigen läßt sich schon heute feststellen, daß die Lage Ungarns in der Waffen-Affäre in Genf nicht so übel aussieht, wie dies im ersten Augenblick erscheinen mag. Neben der Sekundantenhilfe Italiens kommt Ungarn noch der Umstand zunutze, daß Rumänien anscheinend gewillt ist, sich seine Unterstützung in der Waffenaffäre durch eine befriedigende Erledigung des schon so lange währenden ungarisch-rumänischen Optantenstreites abkaufen zu lassen. Diese Rolle Rumäniens wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, welch große Werte in diesem Optantenkonflikt aufs Spiel gesetzt sind. Man könnte eine solche Parteiergreifung des rumänischen Außenministers Titulescu für Ungarn als eine politische Farce bezeichnen, wenn sie nicht gleichzeitig auch den Nachweis bringen könnte, daß jede Nation in Genf bei der Behandlung aller Fragen in erster Linie an sich denkt und dann erst an die Interessen der Allgemeinheit. Vom europäischen Standpunkt aus betrachtet mag das Verhalten dieser Nationen betrüblich sein, da es aber einmal nicht abzustreiten ist, so läßt es sich auch auf die Selbstverständlichkeit ableiten, daß das, was den andern recht ist, Deutschland auch recht sein muß.

Der Reichswehrminister über die Aufgaben der Marine.

vdz. Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte am Sonnabend bei der Fortsetzung der Beratung des Marineetats

Reichswehrminister Dr. Groener

aus, er wolle das ehrliche Geständnis ablegen, daß er unsere Flottenpolitik vor dem Kriege für einen Fehler gehalten habe, nicht allein aus politischen Gründen, die ihn als Soldaten nichts angingen, sondern in erster Linie aus militärischen, und er verrate kein Geheimnis, wenn er mitteile, daß diese Ansicht im Großen Generalstab vorherrschend war.

Der alte strategische Grundsatz, daß man zur Entscheidung nicht stark genug sein könne und die Ueberzeugung, daß die Entscheidung auf dem Lande fallen müsse, sei die Ursache für diese Einstellung des Generalstabs gewesen. Auch Graf Schlieffen habe 1900 bei der China-Expedition sein Votum dahin abgegeben, daß die Entscheidung über die Machtstellung unseres Vaterlandes nicht auf dem Meere und in fernen Ländern, sondern einzig und allein an der West- oder Ostgrenze des Reiches fallen werde.

Der Minister erinnerte dann daran, daß er 1913 hier im Reichstag die Wehrvorlage mitbegründet hätte. Nach meinem Vortrag, so sagte der Minister, kam so mancher Abgeordnete zu mir mit Fragen. Der interessanteste Mann, der mich gefragt hat, war der damalige Abg. Frank (der sozialdemokratische Abgeordnete, der als einer der ersten Freiwilligen im Felde gefallen ist). Er hat sich sehr eingehend über alle Punkte Aufklärung geben lassen und am interessantesten war mir seine Schlußfrage: „Warum sind Sie in ihren Anforderungen so bescheiden?" Nach dem Gesagten ist es nicht verwunderlich, daß während des Krieges beim Generalstab der Glaube verbreitet war, bei einem weniger starken Ausbau der Flotte zugunsten des Landheeres hätten vermutlich die entscheidenden Armeekorps auf dem rechten Flügel der Marneschlacht nicht gefehlt. Das mag dahingestellt bleiben. Die Gerechtigkeit gebietet aber, festzustellen, daß der oft getadelte und in der Armee schmerzlich empfundene, vom militärischen Gesichtspunkt aus unverständliche Nichteinsatz der Flotte in der ersten Phase des Krieges mit der meiner Auffassung nach verfehlten Flottenpolitik nicht das Geringste zu tun hat, sondern ganz anderen, gerade von der Flottenführung am meisten beklagten Motiven entsprang. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß die hervorragenden Leistungen der Flotte im Kriege nicht hoch genug anerkannt werden können und sie im Rahmen des Möglichen alles getan hat, was man billigerweise von ihr verlangen konnte.

Wenn er, so fuhr der Minister fort, trotzalledem aus vollster Ueberzeugung für den Neubau des Panzerschiffes eintrete, so leiteten ihn dabei rein militärische Gesichtspunkte. Er wolle dem bereits von ihm Gesagten nur noch hinzufügen, daß, selbst wenn wir kein einziges Schiff mehr auf See hätten, uns das nicht die geringste Verstärkung unseres Landheeres gestatten würde. Andererseits bedeute eine im Rahmen des Versailler Vertrages modernisierte Flotte eine erhebliche Unterstützung für das Landheer. Sie stelle in einem Konfliktsfall ein ganz entscheidendes Plus der Führung dar.

Der Minister verwies nochmals auf die Wichtigkeit einer schlagkräftigen Flotte in der Ostsee und wiederholte, daß das Auswärtige Amt keine außenpolitischen Bedenken gegen den Bau erhoben habe. Die Nachwehen der Ehrhardt-Psychose hätten beim Wiederaufbau der Marine dem leitenden Stellen das Leben recht schwer gemacht. Ueber die Frage der Verbindung von Marinestellen mit den O.-C.-Leuten schwebe beim Oberreichsanwalt ein Verfahren. In den letzten Tagen sei ein Offizier nach Leipzig geschickt worden, um feststellen zu lassen, ob auf Grund der bisherigen Untersuchung ein Einschreiten gegen Seeoffiziere geboten sei.

Der Minister erklärte, daß er entschlossen sei, unter allen Umständen die Marine von O.-C.-Leuten zu säubern. Das Verhalten der O.-C.-Leute, wie es aus den veröffentlichten Briefen spreche, sei der Gipfel der Treulosigkeit und Undankbarkeit gegenüber alten Kameraden, die ihnen aus wirtschaftlicher Not helfen wollten. Er könne dieses Verhalten und die aus den Dokumenten sprechende zynische Hinterlist, mit der die Reichswehr bespitzelt werden sollte, nur aufs schärfste brandmarken und als Soldat seinen Abscheu über dieses unehrliche Verhalten ehemaligen Kameraden und Vorgesetzten gegenüber zum Ausdruck bringen.

Bezüglich einer Namensänderung des Kaiserlichen Yachtklubs werde er sich mit dem Vorstand in Verbindung setzen, möchte aber schon heute keinen Zweifel darüber lassen, daß er beim Scheitern dieser Verhandlungen die Zugehörigkeit von Marineangehörigen zu diesem Klub nicht für angezeigt halte.

Den Klagen über Auslegen von Zeitungen bestimmter Parteirichtungen an Bord der Schiffe werde er nachgehen.

*

Zur Beratung des Marine-Etats im Haushaltsausschuß.

*

vdz. Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstags sprach sich am Sonnabend in der allgemeinen Debatte über den Marine-Etat Abg. Drewitz namens der Wirtschaftlichen Vereinigung für den Neubau eines Panzerschiffes aus.

Abg. Weymann (Ztr.) kritisierte scharf die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie. In Ostpreußen würde die Ablehnung des Neubaues den Eindruck hervorrufen, als sei man geneigt, im Ernstfalle die Provinz Ostpreußen aufzugeben.

Admiral Zenker begründete in Ergänzung der Ausführungen des Wehrministers die Forderungen der Marineleitung. Die Grenzen des Versailler Vertrages für Ersatzbauten seien bei weitem nicht erreicht; ihre Ausfüllung sei auch nicht erstrebt. Ersatzbauten würden nur nach Maßgabe der absoluten Bedürfnisse vorgenommen.

Weiterhin sprach Admiral Zenker über die Zukunft der Werften. Die Wilhelmshavener und die Kieler Werft müßten aufrechterhalten werden. Der Verwaltungsapparat sei bereits mit Hilfe des Sparkommissars erheblich verkleinert.

Abg. Kuhnt erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion in der Ablehnung des Panzerschiffes einig sei. Die Sozialdemokraten bedauerten die Beförderung der Herren v. Kolbe und v. Loewenfeld.

Abg. Biedermann (Soz.) berief sich für seine Ablehnung des Panzerschiffbaues auf den Lehrmeister Groeners, Schlieffen, der gegen die großen Schiffsbauten gewesen sei. Der Redner brachte nochmals die Frage des Kaiserlichen Yachtklubs zur Sprache. Prinz Heinrich habe es nur seiner Geburt zu verdanken, daß er Großadmiral geworden sei.

Abg. Brüninghaus (DVp.) betonte demgegenüber, daß Herr v. Loewenfeld seinerzeit in Gemeinschaft mit Noske die Republik gerettet habe. Im Kriege habe die deutsche Flotte verhindert, daß auch nur eine Schiffsgranate auf deutsches Gebiet gefallen sei. Prinz Heinrich sei ein ausgezeichneter Seeoffizier gewesen.

Im weiteren Verlauf der Debatte, die heute Montag fortgesetzt wurde, behauptete Abg. Eggerstedt (Soz.) unter Hinweis auf einen Artikel der „Tremonia", daß man in der Zentrumspartei in der Frage des Panzerschiffes noch immer zwiespältig wäre.

Abg. Löbe erklärte, daß die Bayerische Volksp. dem Bau des Panzerschiffes zustimme und ihre Haltung auch der Bevölkerung gegenüber verantworten werde.

Eröffnung der Ratstagung in Genf.

Genf. (Funkspruch.) Die 49. Tagung des Völkerbundsrates ist heute vorm. 11 Uhr eröffnet worden. Der Rat stellte zunächst in nichtöffentlicher Sitzung die endgültige Tagesordnung fest und erledigte dann eine Reihe administratorischer Fragen.

Zu den Danziger Fragen wurde beschlossen, die Frage eines polnischen Anlegehafens in Danzig und die Frage eines Nationalrechtes auf der Westerplatte bis zum Abschluß der im Gange befindlichen direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen zu vertagen. In bezug auf das Klagerecht Danziger Staatsangehöriger im polnischen Eisenbahndienst wurde, da das Haager Rechtsgutachten offiziell den Ratsmitgliedern noch nicht zugegangen ist, beschlossen, nach Eingang des Gutachtens in einer weiteren vertraulichen Sitzung darüber zu entscheiden, ob diese Frage in der jetzigen Tagung behandelt werden soll.

*

Reichsminister Dr. Stresemann in Genf eingetroffen

)(**Genf.** Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann ist in Begleitung von Staatssekretär Dr. v. Schubert gestern mittag 11¾ Uhr, von der französischen Riviera kommend, in Genf eingetroffen. Zu seinem Empfang waren Untergeneralsekretär Dufour-Féronce mit den übrigen deutschen Mitgliedern des Generalsekretariats, ferner Generalkonsul Aschmann und die Mitglieder der zur Zeit hier tätigen verschiedenen deutschen Delegationen, darunter Staatssekretär z. D. v. Simson und Graf Bernstorff, erschienen. Eine Abordnung der an der Universität Genf eingeschriebenen deutschen Studenten und Studentinnen überreichte dem Reichsminister, der sich in seinem Urlaub gut erholt hat und wieder frisch aussieht, einen Nelkenstrauß. Dr. Stresemann, sichtlich erfreut über diese Aufmerksamkeit, dankte der studentischen Abordnung mit einigen herzlichen Worten.

SLUB Wir führen Wissen.